

## Referendum – Wie man die Republik zerstört

*Richard Jilka*

*Vox populi – vox Iovi*: Volkesstimme – Gottesstimme sagte man in den Glanzzeiten der römischen Republik. Jedoch wurde bereits damals die volkschmeichlerische, also Herrschaft verschleiernde, deshalb staatstragende Maxime von ironisch augenzwinkernden Intellektuellen gelegentlich als *vox bovi*, die Volkesstimme also als die des Ochsen ausgesprochen. – Seit jeher ist es Aufgabe & Pflicht der Intellektuellen die Dinge anders zu sagen, als sie in der vereinfachenden Volksmeinung ausgedrückt werden. Jedoch gewinnt man mitunter den Eindruck, als wäre in unseren öffentlichen Diskussionen grundsätzliche, also unpopuläre, also intellektuelle Kritik unerwünscht. Einheitlich huldigt anscheinend unser massenmedial geprägter *Polit-commonsense* dem Glauben an die Volkesstimme als dem entscheidenden Wort eines absoluten Souveräns, dem nicht widersprochen werden darf oder soll oder kann. Dem also unbedingt gehorcht werden muß. Um so mehr muß klipp & klar & grundsätzlich gesagt werden, daß dem nicht so ist. Daß dem nicht so sein kann & darf. Vor etwa einem Viertel Jahrhundert äußerte ein französischer Außenminister die weisen Worte: *Referenden bezüglich Europa abzuhalten bedeute, mit Europa „Russisch Rollet“ zu spielen.*

Einen hyperkomplexen politischen Vorgang wie das institutionelle Werden Europas: ein mit den verschiedensten, teils einander widersprechenden, allzeit umstrittenen Zielsetzungen von Generation zu Generation werdendes, ungeheuer vielfältig unser unübersichtliches Leben durchwirkendes historisches Megaprojekt mit offenem Ausgang abschließend zu beurteilen oder gar über seine Fortsetzung oder seinen Abbruch zu entscheiden übersteigt die Fähigkeiten des Wahlvolkes bei weitem. – Wahrscheinlich übersteigt schon die Frage, wie in einer modernen Gemeinde das Wasserleitungssystem verwaltet werden soll, die Mitsprachefähigkeit der meisten Mitbürger. Und wenn eine gutwillige Bürgerschaft beispielsweise mehrheitlich den erlogenen Versprechungen eines Wasserunternehmers auf den Leim gegangen ist und ihm ihre ererbte Wasserleitung tatsächlich verkauft hat, dann ist diese Wasserleitung bis zur nächsten Revolution tatsächlich weg und betreffende Bürgerschaft, je nach dem wie sie vertraglich über den Tisch gezogen wurde, dem Wasserleitungsbesitzer Tributpflichtig. Anders als bei einer grundsätzlichen (Ja/Nein) Fehlentscheidung, der obendrein wegen ihres plebiszitär-absoluten Gültigkeitsanspruchs nicht widersprochen werden darf, wären von der Kommunalverwaltung mit Sicherheit Fehler gemacht worden, die aber hätten dank verschiedener Kontrollinstanzen im nächsten oder übernächsten Jahr korrigiert werden können, um neuerliche Fehler zu machen usw. Aus Fehlern besteht demokratische Politik: mangels allwissender Obrigkeit geht

es von Fehler über Korrektur zu Fehler weiter. Und warum sollten sich die Mitbürger in die komplexe Materie der Wasserleitungswirtschaft einarbeiten, um über deren Verwaltung definitiv entscheiden zu können? Müßten sie sich dann nicht auch mit dem Müllwesen, der Energiewirtschaft, dem Straßenbau oder dem Kindergartenbetrieb ausgiebig befassen? Die engagierteste Bürgerschaft wäre zwangsläufig überfordert; und haben die Leute nicht anderes zu tun?

Gewiß, die allermeisten Menschen erweisen sich seit eh & je als durchaus fähig, über Fragestellung ihrer unmittelbaren Lebenswirklichkeit, etwa im Rahmen ihrer oft hochqualifizierten, also punktgenau spezialisierten Arbeit, oder bezüglich Familienleben, Gartenbau oder Nachbarschaft die für sie denkbar besten Entscheidungen zu treffen. Im Unmittelbaren ist ihre Willensbildung unübertrefflich. Und auch rational schwer nachvollziehbare Entscheidungen sind im persönlich überschaubaren Raum vollauf berechtigt, denn bekanntlich ist des Menschen Wille sein Himmelreich. Das *gesunde Volksempfinden*, welches allzeit innerhalb seines Lebensumfelds um das Rechte weiß, und das man in ganz anderen Zeiten wie eine letzte Instanz hochzuschätzen vorgab, hat aber Grenzen. Die praktische Bürgerversunft, auch gerne als *schwäbische Hausfrau* angesprochen, genügt weder Vorne noch Hinten, auch nicht Oben & Unten, um in der Situation unserer hyperkomplexen Moderne definitive Entscheidungen über die Organisation unseres öffentlich technischen Lebens zu fällen. Allzuoft beschränken sich im überpersönlichen öffentlichen Raum, also bezüglich der *res publica*, die Fähigkeiten des als *gesund* geltenden *Volksempfindens* darauf, die Steuern wie selbstverständlich zu minimieren, mitunter schwarz zu arbeiten, bei Gelegenheit Sozialleistungen abzugreifen und selbstverständlich ohne Rücksicht auf die Hersteller so günstig wie nur irgend möglich einzukaufen oder Energie zu verbrennen. Manfrau gälte ja gemäß allgemeinem Meinens für dumm, ließe er/sie sich etwas entgehen. Von politischer Verantwortung aber kann kaum eine Rede sein, wo manfrau bloß seine angeblich eigenen Interessen verfolgt, wo der einzelne Mensch in der Masse des sogenannten Volkes oder im Internet untertaucht, wo er also die Folgen seiner Entscheidung nicht persönlich trägt. Verantwortung erfordert Menschen, die persönlich zur Verantwortung gezogen werden können; nur in Hinsicht auf verantwortliche Individuen kann von Verschuldung oder Verdienst gesprochen werden. Das imaginäre Volk aber ist & bleibt ebenso wie seine Vorgänger ein unschuldiger & verantwortungsloser Souverän. In der Massendemokratie hat Verantwortung mitsamt dem Sachverstand die Tendenz, sich in Nichts aufzulösen. Die Zusammenhänge, über die entschieden werden soll, drohen zu verschwinden, je mehr der volkstümlichen Allgemeinverständlichkeit halber vereinfacht wird. Um politisch vermittelbar zu werden und demokratische

Legitimation zu finden, müssen komplexe politische Zusammenhänge, etwa die kommunale Wasserversorgung, zu allgemein verständlichen Erzählungen vereinfacht werden. Darin, in der bürgerverständlichen Darstellung eines komplizierten Sachverhaltes und in der Konkurrenz unterschiedlicher Polit-Erzählungen, besteht die Kunst des Politikers. Den verschiedenen Erzählungen zuzuhören und sie gegeneinander abzuwägen hingegen ist Bürgerpflicht: die erfordert Interesse und Zeit, beide sind bekanntlich knapp, weil wir ja alle so unheimlich viel um die Ohren haben. Also muß im politischen Diskurs immer weiter vereinfacht werden, damit wir überhaupt noch etwas von der Republik mitbekommen. Jedoch hat die Vereinfachung Grenzen, sie führt ab einem bestimmten Grad in ein nichtssagendes Zerrbild der Wirklichkeit, verkümmert zur Karikatur oder zum demagogischen Schlagwort, verkommt zum bloßen Propagandaslogan. Auch die einfachsten politischen Zusammenhänge lassen sich in 1-Satz-Nachrichten nicht einmal annähernd ausdrücken. Das Überhandnehmen politischer 1-Sätze (bis zu 90 Sekunden) führt zu einer erschreckenden politischen Versimpelung der Meinungen, die die antiken Griechen in ihrer damaligen Demokratie als *Idiotie* bezeichnet hätten. Der Austausch von 1-Sätzen zerstört mit dem politischen Diskurs die Demokratie und öffnet Demagogen Tür & Tor. Am Ende der Sprachverhunzung steht: gefällt mir/gefällt mir nicht; für Analphabeten: Daumen rauf/Daumen runter: Referendum.

So geht man mit dem Wohl & Wehe von Nationen nicht um. Ja/Nein Entscheidungen sind untauglich, um einer überaus komplizierten Wirklichkeit auch nur annähernd gerecht zu werden. Und eben deshalb haben wir in Europa in einem mehr denn 250 Jahre währenden, teils äußerst schmerzhaft verlaufenen geschichtlichen Prozeß unsere Republiken zu repräsentativen Demokratien entwickelt. Aus einer Fülle guter Gründe wollten wir keine Volksdemokratien. Zu glauben, wie neuerdings gelegentlich zu hören ist, eine Volksentscheidung herbeizuführen, sei vorbildlich gelebte Demokratie, bedeutet eine an Unwissenheit grenzende grundsätzliche Verkennung des Politischen und der Möglichkeiten dessen, was ein Volk ist & sein kann, es bedeutet das gefährliche Vergessen unserer europäischen Geschichte und unserer europäischen politischen Werte. Hinter dem Verlangen nach Volksentscheidungen über Grundsatzfragen steht oft die kindliche Vorstellung, das Volks sei vergleichbar einem Erwachsenen, der weil so alt & groß alles besser weiß und deshalb bestimmen sollte. Rousseauismus oder Polit-Romantik heißt der Glaube an das *gute Volk* wie an ein Subjekt, das, wie vormals angeblich der *gute* Monarch, fähig ist, am besten zu entscheiden. Oder reden da bloß Populisten, wie man Demagogen neuerdings nennt, schmeichlerisch den Leuten nach dem Maul, um aus herbeigeredetem Volksempfinden dies oder jenes politisches Süppchen zu ihrem eigenen Vorteil zu

brauen? Wer, wenn er nicht bloß vereinfacht, vom *Volkswillen* redet, will betrügen. Denn Völkerschaften haben nun einmal keinen eigenen Willen. Eine Masse von Menschen ist kein willensbegabtes Subjekt, das sich oder anderen über sein Handeln Rechenschaft geben könnte. Verantwortlich handeln können nur leibhaftige oder juristische Personen, die zur Verantwortung gezogen werden können. Vertragsfähig beispielsweise sind nicht *die* Deutschen, sondern die Bundesregierung.

Demokratie in ihrer entwickelten Form kann unmöglich bedeuten: die Mehrheit entscheidet: Punkt. Das wäre die Diktatur der Mehrheit. Solch Diktatur der Einseitigkeit wollten wir Europäer nicht. Um die Herrschaft einseitiger Übermacht zu verhindern, wie sie etwa auch in einem noch so demokratisch gewählten Parlamentsabsolutismus zu Tage tritt, hat jede unserer entwickelten parlamentarischen Demokratien ein irgendwie geartetes Zweikammersystem; zusätzlich sind meist auch Provinzial-, Regional- oder Landtage an der politischen Entscheidung beteiligt. Denn, wie gesagt, einseitige Entscheidungen, wie sachlich optimal sie auch im Einzelfall sein mögen, sind für eine Gesellschaft grundsätzlich schlecht. In einer vernünftig eingerichteten Republik sollen verschiedene Aspekte und Interessen über die Willensbildung hinaus in die Entscheidung einfließen, um zwar nicht die denkbar idealste Lösung aber doch eine machbar tragfähige zu finden, mit der ein Großteil der Einwohner vorerst leben kann. In einer Republik zu leben heißt demnach, niemals seinen Willen durchzusetzen, sondern immer Kompromisse mit den vielen Interessen und Absicht und weltanschaulichen Vorlieben der ach so andersgearteten Mitbürger zu schließen. Wir in Europa wollten keine Demokratie, in der bloß die zufällige Entscheidung irgendeiner augenblicklichen Mehrheit, ob in einem Parlament oder einer wie auch immer gearteten Umfrage, unwidersprüchlich gilt und unbedingt vollzogen zu werden hat. Wir wollten keine Alleinherrschaft der Mehrheit. Eine Demokratie wäre wertlos ohne Minderheitenschutz & Minderheitenrechte, ohne Einbeziehung von Minderheitswünschen in Entscheidungen und die Bindung an das jede Mehrheitsentscheidung beschränkende Recht; Republik bedeutet Rechtsstaatlichkeit, Demokratie bedeutet Kontrolle der (Mehrheits-) Macht durch die Opposition, Kontrolle durch Interessengruppen, durch regionale Institutionen oder unabhängige Medien. Dazu gehört selbstverständlich auch die Kontrolle der Regierung durch Volksvertreter, und die Kontrolle der Abgeordneten durch die Abgeordneten und der Abgeordneten durch die Öffentlichkeit und das Wahlvolk. Unverzichtbar für eine repräsentative Demokratie sind Durchsichtigkeit (Transparenz) und Offenheit, d.h. Mitwissen und Mitbestimmung, also Mitarbeit muß inner- und außerhalb von Ämtern für Jedermannfrau, der das Bürgerrecht hat, offen zugänglich und grundsätzlich möglich sein. Kindlich naiv wäre es hingegen zu glauben, daß tat-

sächlich Jedermannfrau Minister oder Regierungschef werden kann, aber schon in Gemeinderäte wird jeder, den es dahin drängt, hineinflinden. – In unseren repräsentativen Demokratien ist & bleibt die Legitimation der Machtausübung der gerne sogenannte *Volkswille*, seine verschiedenen und divergierenden, teils institutionalisierten, also konkretisierten Meinungen sind die maßgebliche Kontrollinstanz des politischen Systems. Wie jeder vernünftige Souverän so übt auch das *Volk* seine Herrschaft nicht unmittelbar aus, sondern hat dafür seine Minister, seine Diener samt Kanzleivorsteher, die es bei Gelegenheit zur Verantwortung ziehen und entlassen kann.

Republikanische Regierungsformen wurden seit der Neuzeit in Europa vorgeschlagen, um Machtmißbrauch einzudämmen. Zu diesem Zweck bestehen unsere entwickelten demokratischen Regierungsformen aus einem komplexen, sich wechselseitig bedingenden und behindernden und kontrollierenden Regelwerk: „Checks and Balances“. Ein System aus Gewaltenteilung & Machtverschränkung soll menschlich unvermeidlichen Machtmißbrauch einschränken. Denn, wie Montesquieu vor der Mitte des 18. Jahrhunderts herausarbeitete: nur die Macht kann die Macht beschränken. Denn seit der Aufklärung geht es der modernen Republik um die Beschränkung willkürlicher Macht zu Gunsten menschenmöglicher Freiheit und Würde. Die republikanische ist alles andere als die effektivste Regierungsform, diktatorisch läßt sich vermutlich effektiver entscheiden & anordnen. Aber republikanischen Werten zu folgen bedeutet die Freiheit und das Recht höher als administrativ ökonomische Effektivität zu achten. Zu dem Zweck, der Menschenwürde einen institutionellen Rahmen zu geben, ist die repräsentative Demokratie oder die Republik eine so schwierige Regierungsform, in der schlichte, referendumtaugliche Ja/Nein Entscheidungen keinen Platz haben. Auf den ersten Blick oder in den Phrasen der Demagogen erscheint die repräsentative Demokratie als ein fragiles, nur beschränkt handlungsfähiges Gebilde, dennoch erweist sie sich auch in schweren Krisen – gewiß nicht als die beste der denkbaren Regierungsformen – als überraschen robust. Wenn eine oder mehrere Institutionen versagen, erfüllen andere ihre Funktionen, die jeweilige Gesellschaft bleibt funktionstüchtig, bis die Umstände wieder andere sind. Übrigens ist das „Europa der Vaterländer“, unserer Erinnerungsindustrie zum Trotz scheint dieser Umstand beinahe vergessen, in großer Einmütigkeit vor etwa 100 Jahren vor die Wand geknallt.

Meine bisherigen Ausführungen waren langatmig, gewiß. Aber etwas Aufmerksamkeit ist von Mit-Bürgern nicht zuviel verlangt. Und gegenwärtig gilt es nun einmal kindlich vereinfachenden Vorstellungen von *Demokratie* als schlichter Volksentscheidungsherrschaft entgegenzusprechen. Es gilt republikanische Werte – Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit oder Einigkeit Recht

Freiheit oder Alles schön & gut – nicht bloß leierkastenmäßig zu behaupten, sondern konkret die Sinnhaftigkeit der institutionellen Komplexität unserer Demokratien dem Wahlvolk in Erinnerung zu rufen. Eindringlich gilt es in Erinnerung zu rufen, daß allen menschlich allzumenschlichen Unzulänglichkeiten zum Trotz unsere europäischen Republiken ebenso wie unser institutionalisiertes Europa beispiellose Erfolgsmodelle sind. Wo in dieser Welt ist ein gelungeneres Gesellschaftsprojekt als in Europa? Gewiß mag es Weltwinkel wie Norwegen oder Luxemburg oder irgendein Steuerparadies in der Südsee geben, in dem die Einwohner so wohlhabend und rundumversorgt, vielleicht sogar so glücklich wie nur irgend auf Erden möglich sind. Aber von den großen Weltregionen, in denen zahlreiche Völkerschaften zusammenleben, verglichen mit Asien, China, Rußland, Afrika, Latein- oder auch Nordamerika ist die Europäische Union offensichtlich das geglückteste politische Modell: mehr denn irgendwo auf diesem Globus sind hier bei uns Wohlstand und Freiheit und Menschenwürde für die meisten Einwohner Wirklichkeit. Europa ist weltweit das attraktivste politische Modell: Menschen flüchten nicht massenhaft in die arabische Welt oder nach Afrika, Staaten wollen sich nicht an Rußland oder China anschließen, sondern an & in die EU. Gelegentlich ist von Politikern die krämerhafte Phrase zu hören: Europa „muß“ „nun“ „liefern“. – Europa hat geliefert! Und es liefert uns jedes Jahr auf Neue einen im weltgeschichtlichen Maßstab einzigartigen Wohlstand samt Frieden mit beispielloser Freiheit für die Masse unserer Mitbürger. Europa ist unglaublich. Es ist beinahe so etwas wie eine real existierende Utopie. Wieso wird unser Erfolg eigentlich nicht Tagtäglich thematisiert und von den Massenmedien ventiliert? Versagt die politische Vermittlung oder hat die politische Bildung großflächig & langfristig versagt, wenn Europa schlechtgeredet wird? Woher nimmt manfrau die Vergleichsgrößen für eine grundsätzlich ablehnenden Kritik an der EU? Aus einem Himmel abgehobener Ideale oder dem Kindergarten des ach es wäre so schön wenn? Zerstört da Dummheit oder böser Wille unsere repräsentativ demokratische Republik? Offenbar haben wir seit Jahrzehnten, anstatt unsrer republikanischen Werte und das Wissen um die Funktionsweise unserer Demokratien zu pflegen, Ressentiment, Groll, Empörung, Besserwisserei und dummes Gerede gepflegt, bis man dergleichen endlich selber glaubt und die Satire für Wirklichkeit hält. *Wir wurden die Opfer unserer eigenen schlechten Witze*, kommentierte ein britischer Journalist den Ausgang des Referendums auf seiner Insel.

Europa liefert nicht wie ein Krämer; seine Institutionen ermöglichen seit Generationen mit einer verschwindend kleinen Bürokratie unser allgemeines Wohl. Die Europäische Union funktioniert weitgehend so vorzüglich und nahezu geräuschlos, daß ihr Wirken von ihren Bürgern kaum bemerkt wird, während von den gleichen Bürgern die sich aus der Zugehörigkeit zur Union

ergebenden Möglichkeiten und Vorteile unbedacht wie Selbstverständlichkeiten alltäglich hingenommen werden. Jedoch wird Europa, so unverzichtbar ist es geworden, sogleich bemerkt, wo es hapert, wo es Skandale oder Probleme gibt. Obendrein werden der Einfachheit halber nationale Misere der EU lauthals in die Schuhe geschoben, denn Brüssel wird dumme Weise gerne als Ausland empfunden. Hapert es hier an Politikvermittlung oder politischer Bildung? – Die Entfremdung ist in unseren modernen Gesellschaften dermaßen groß, daß wir in unseren Alltags nicht wahrnehmen, was die Grundlage unserer Lebensweise ist und wie sehr jeder von uns davon profitiert, der EU anzugehören. Vielzuviele Leute haben anscheinend keine Ahnung, welchen Umständen sie ihren Frieden und ihre Freiheit und auch ihren Wohlstand verdanken. Wie im dumpfsten Biedermeier meinen beispielsweise viele meiner Mitbürger, ihr Einkommen ihrer individuellen *Leistung* zu verdanken. Das ist falsch, Arbeitseinkommen verdankt sich der Zugehörigkeit zu einer starken Gemeinschaft und deren Wertschöpfung, innerhalb derer eine individuelle Berufstätigkeit überhaupt erst einen Wert bekommt. Deutschland beispielsweise ist eine außergewöhnlich leistungsstarke Gemeinschaft, die ihren Mitgliedern einen hohen Lebensstandard ermöglicht, weil es zur EU und zum Euro-Raum gehört. Auch die ökonomisch schwächeren Staaten tragen zum deutschen Wohlstand zumindest dadurch bei, daß unsere gemeinsame Währung niedriger bewertet wird, als es der deutschen Wirtschaftskraft für sich alleine genommen entspräche, weshalb deutsche Produkte trotz hoher Lohnkosten auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig verkauft werden können. Gewiß, obwohl unsere Staatengemeinschaft ein Erfolgsmodell ist, gibt es gravierende Probleme, die nicht beschönigt werden sollen. Europa ist ein werdendes Projekt, das sich von Problem zu Problem beständig verändert ohne jemals eine endgültige Lösung zu bieten. Wir werden in alle Zukunft andauernd mit schwerwiegenden Problemen ringen müssen, indem wir unsere Republik unaufhörlich sich schnell wandelnden Gegebenheiten anzupassen versuchen. Das bedeutet neben einer Vielzahl faktischer besonders auch mentale Probleme: Wie fühlen & verhalten sich Menschenseelen in einer permanenten Umbruch- & Krisenstimmung? In unseren Staaten & Gesellschaften verbreiten sich jetzt schon über das gewöhnliche Unbehagen in jeder Zivilisation hinaus schwerwiegende Unzufriedenheiten. Mit der zunehmenden Entfremdung in der lärmenden Unübersichtlichkeit unserer artifiziell virtuellen Lebensräume wächst Unsicherheit und Angst. Identitätsstörungen äußern sich zunehmend in Vereinsamung, in Groll & Wut & Gewalt. Die Konkurrenzkämpfe unserer Alltags führen zu Ausgrenzung sowie einer Unzahl anderer gesellschaftlicher Verwerfungen. Tiefgreifende soziale Unordnung ist zu befürchten. Massenhafte Ent- & Einwurzelungen in Folge gewaltiger Wanderungsbewegungen werden erlitten und erschrecken unsere Mitmenschen. Das unsere brutale Marktwirtschaft,

der wir Europäer unseren unerhörten Wohlstand sowie unser Unwohlsein zu danken haben, an Schwärze grenzende Schattenseiten hat, versteht sich von selbst. Aber daran sind weder unsere republikanischen Verfassungen noch die Europäische Union primär schuld; jedoch bietet die EU die reale Chance, nicht auf ein kuscheliges Behagen in der geschlossenen Gesellschaft einer vereinheitlichten Kleinnation, sondern die reale Chance einer institutionalisierten starken Wertegemeinschaft, den Druck, den die uns unmittelbar bevorstehende Moderne mit sich bringen wird, tatsächlich zu lindern. Das ist kein Volksmassen begeisterndes Ideal, es ist das menschenmöglich machbar Beste. Um so mehr ist es geboten, in der politischen Auseinandersetzung statt ätzender Polemik die Worte wohl zu wählen und, so schwer es fällt, auf abenteuerliche Versprechungen zu verzichten. Angesicht der wachsenden populistisch vereinfachenden Bewegungen auf unserem Kontinent stehen wir gegenwärtig auch vor der erschreckenden Frage: ob und inwieweit die republikanischen Werte Europas unserem Wahlvolk noch verständlich zu machen sind? Hat unsere Bildungspolitik versagt? Sollten wir Europäer unter dem von uns mehrheitlich akzeptierten Diktat der Marktwirtschaft zu Gunsten berufsqualifizierender Ausbildungen die Bildung der Staatsbürger (der *Citoyen*) vergessen haben? Sollten wir in Europa unter dem Zwang zur kapitalistischen Produktivitäts- & Wohlstandssteigerung, indem wir marktkonformes Verhalten förderten, die Bildung zur Freiheit vergessen haben? – Jedenfalls führt die volkstümlich zugespitzte und durch ein Referendum beantwortbare Frage, ob ein Staat aus der EU austreten oder in ihr bleiben soll, nicht zu eine Antwort auf unsere europäischen Probleme der Gegenwart oder der Zukunft. Sinnvoll zu fragen wäre beispielsweise: wie unsere gemeinsame Währung durch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik ergänzt werden könnte? – Wie mit der Schuldenkrise gemeinschaftlich umgegangen werden kann und in wieweit Schulden vergemeinschaftet werden sollten? – Wie Flüchtlinge auf unserem Kontinent verteilt und Wanderungsbewegungen gelenkt werden sollen? – Wie Energie- und Umweltpolitik koordiniert werden kann? – Inwieweit gemeinsame soziale Standards als verbindlich gelten sollten? Keine unserer wichtigen Fragen läßt sich durch ein Referendum beantworten, sondern nur durch auf Details konzentrierte, übernational vernetzte Arbeit. Die Frage nach Bleiben oder Gehen ist, wie jede Ja/Nein Frage, falsch gestellt. *In* oder *out* ist die falsche Frage, um Antworten auf unsere Probleme zu finden.

Was bedeutet also das britische Referendum bezüglich des sogenannten *Brexit*? Das Referendum bedeutet nicht viel mehr als irgendeine andere Umfrage. Es ist bloß eine besonders aufwendige und kostspielige Meinungsumfrage, die zu Tage bringt, was ohnehin bekannt war: mehr als ein Drittel der Briten erklärt sich, im Scherz oder im Ernst, nüchtern oder trunken, gerne



lautstark gegen den Kontinent und für insulare Besonderheiten. Was dieses Drittel damit meint, weiß keiner genau. Zu dem Votum gegen Europa führt ein Bündel teils rational kaum nachvollziehbarer Gründe. Beispielsweise wurde behauptet: Britannien könne seine Beiträge anstatt für Europa besser für sein Gesundheitssystem verwenden. Das ist Blödsinn. Daß das Britische Gesundheitssystem seit Jahrzehnten verkommt, liegt nicht an der EU, sondern an schlechter bis verlogener neokonservativer Politik im eigenen Land. Seit den Tagen von Frau Thatcher wächst in Britannien die „*social disorder*“, woran auch die Regierung Blair wenig änderte; immerhin führte dieser Premier sein Land mit erlogenen Gründen in einen Angriffskrieg und verspielte so die Glaubwürdigkeit „*linker*“ Politik. Die soziale Spaltung des Landes spiegelt das Referendum wieder: Europa bekommt von den Sprechern der Modernisierungsverlierer die Schuld für die hausgemachte Misere. Das ist billige Thekenpolitik. Ob sich nun einige Prozentpunkte mehr oder weniger für *in* oder *out* entscheiden, ob eine Million Wähler mehr oder weniger zur Abstimmung geht ist dabei unerheblich, liegt an Stimmungsschwankungen, an der Tagesform, den Nachrichten vom Vortag, einem Fußballspiel oder bloß am Wetter. Die prozentuellen Details einer solchen Umfrage sind Zufallsergebnisse, sie sind als solche vollkommen ungeeignet, um über die Zukunft einer großen Nation zu entscheiden. Zwar ist Großbritannien kein expliziter Verfassungsstaat wie im kontinentaleuropäischen oder nordamerikanischen Staatsmodell üblich, es nennt sich auch nicht *Republik*, sondern gemäß altem Herkommen *Monarchie*, tatsächlich aber ist es die älteste parlamentarisch repräsentative Demokratie mit republikanischer Werteordnung und mit verfassungsmäßigen festen Regeln für das Fällen politischer Entscheidungen. Über einen Austritt des Königreichs aus der Europäischen Union entscheidet gemäß seiner verfassungsmäßigen Regeln keinesfalls eine einzelne auch noch so aufwendige Umfrage, sondern ausschließlich die parlamentarisch legitimierte und von der Königin formell ernannte Regierung mit der Zustimmung beider Kammern des Parlaments, wohlmöglich auch der Regierungen und Parlamente der neben den Engländern übrigen Nationen des vereinten Königreiches wie den Schotten, Wallisern und Nordiren.

Was also ist die Folge des Referendums? Genau: der Rücktritt der Regierung, die einen solchen Unfug in die Wege geleitet hat und obendrein mit ihren Absichten gescheitert ist. Cameron ist als Premierminister doppel gescheitert: mit der Drohung eines Referendums bezüglich der britischen EU Mitgliedschaft, gelang es ihm nicht, von der EU eine Extrawurst zu erpressen, ebensowenig gelang es ihm, sein Wahlvolk von der Notwendigkeit der Mitgliedschaft in der EU ausreichend zu überzeugen. Die Geister, die er fahrlässig rief, ihrer wurde er nicht Herr: Das ist ein Klassiker der Moderne. Aus innenpolitischen Gründen, um seine in vieler Hinsicht unbedeutende Regie-

rung im Amt zu halten, spielte Cameron mit Europa, er spielte mit seiner und unseren Nationen Russisch Rollet. Und tatsächlich, wider Erwarten zündete die eine Kugel. Als ein Treppenwitz der Geschichte, vielleicht sogar als die gerne beschworene *List der Vernunft*, mag es erscheinen, das den Herren & Damen Nationalisten auf der britischen Insel als Folge ihres Nationalismus zunächst ihr eigener Nationalstaat um die Ohren zu fliegen droht, weil Schotten und Nordiren bei Europa bleiben wollen, sogar die Stadt London denkt über eine Unabhängigkeitserklärung nach. Da die Regierung Cameron gescheitert, seine Partei gespalten ist und in Britannien die wahrscheinlich schwerwiegendste politische Veränderung seit dem Zweiten Weltkrieg auf der Tagesordnung steht, müßte es genau genommen Neuwahlen zum Parlament geben, um eine verfassungsmäßige Legitimation für staatliches Handeln zu bekommen. Aber den republikanischen Weg zu gehen, sind die ebenso wie ihr Land gespaltenen Parteien zu feige. Sie müßten sich klar, mitunter unpopulär positionieren. Was aber jenen Londoner Bürgermeister, der seinen muffigen Nationalkonservatismus in einem flippigen Outfit verpackt, und dessen populäres Eintreten für den sogenannten *Braxit* wahrscheinlich den Ausschlag gegeben hat, geritten haben mag, seinen Pateifreund zu verraten und seinem Premierminister in den Rücken zu fallen, werden wir nie genau erfahren. Wahrscheinlich war es bloß das Geltungsbedürfnis und Medienspiel einer Politschranze? Da er nach seinem Umfrage-sieg zu feige war, die Verantwortung für die Umsetzung der von ihm in der Kampagne lauthals befürworteten politischen Zielsetzung zu übernehmen, spricht einiges dafür, daß auch er weder einen Austritt seines Staates wirklich für wünschenswert hielt, und also wollte, noch ein dermaßen unver-nünftiges Ergebnis des Referendums erwartete. Wahrscheinlich ergriff er bloß die Gelegenheit, um sich im pateipolitischen Hickhack als Widersacher des Premiers zum gewichtigen Mitspieler aufzuspielen, um hernach, nachdem sein eigenes Referendum gescheitert zu den Akten gelegt sein würde, als eine politische Figur, die nicht mehr zu übergehen ist, dies & das wichtig mit bereden zu können. Und genau dies Verhalten ist das genaue Gegenteil von republikanisch demokratischer Verantwortung. Mit dem Wohl & Wehe unserer Nationen wurde ein erbärmliches Spiel gespielt.

Was tun? Es gilt nicht bloß von Werten zu reden, sondern sie, und zwar genau dann, wenn ihre Befolgung schmerzhaft oder unerwünscht ist, auszuüben. Das bedeutet unter anderem die Werte republikanisch demokratischen Zusammenlebens für höher zu achten als ökonomische oder administrati-onstechnische Effektivität oder gar das eigene politische Süppchen. Es bedeutet die Werte der Republik sowohl gegen volksdemokratische als auch gegen autoritäre Herrschaftsvorstellungen entschieden abzugrenzen und zu verteidigen. Verteidigen genügt nicht; es gilt die Art & Weise der Entschei-

dungsfindung innerhalb der repräsentativen Demokratie, trotz & wegen ihrer Unzulänglichkeiten, im eigenen Staat offensiv zu befürworten: denn es ist die beste der in menschlich allzumenschlicher Unzulänglichkeit möglichen Regierungsformen. Und in unserem ausgeklügelten repräsentativ demokratischen System aus Checks & Balances haben bindende Volksbefragungen über des Wohl & Wehe einer Nation nichts zu suchen.

Was ist zu tun? Nichts. Auf das Referendum zu reagieren ist ausschließlich eine Angelegenheit der Briten. Auf Grund einer wenn auch kostspielig umständlichen Meinungsumfrage gibt es keinen Austritt Großbritanniens. Es gibt ihn so lange nicht, bis die britische Regierung gemäß der europäischen Verträge ihren Austrittswunsch formal erklärt. Dazu ist sie durch Nichts verpflichtet. Verpflichtet wäre eine Regierung, die einen Hintern in der Hose hat und verantwortlich handeln will, das Zufallsergebnis einer Meinungsumfrage, deren Umsetzung das Wohl der Nation schwerwiegend beschädigen würde, nicht umzusetzen. Gemach, laßt den Briten Zeit. Bis es nach der formellen Erklärung des Austrittswunsches zum tatsächlichen Austritt Britanniens kommt, werden Jahre vergehen; vermutlich wird es bis dahin wieder eine andere Regierung geben, die, wieder anders legitimiert, denn Willen ändern sich bekanntlich, das Austrittspektakel abbläst. – Gewiß, das wäre ein unglaublich unsinniger und kostspieliger Hickhack. Aber je nach dem wie schwer die Verblendung ist, könnte es für alle Beteiligten viel, viel schlimmer kommen.

Mittwoch, 13. Juli 2016